



Dansk Skoleforening for Sydslesvig, Postfach 1461, D-24904 Flensburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Die Vorsitzende
Sylvia Eisenberg
Landeshaus
24105 Kiel

Postboks 389
DK-6330 PadborgTlf.: 0461 5047 112
Fax: 0461 5047 166

post@skoleforeningen.de

www.skoleforeningen.org

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Finanzausschuss
Der Vorsitzende
Günter Neugebauer
Landeshaus
24105 Kiel

Flensburg, den 14.02.2008
AMI/Oe

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/2861

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 1. Februar 2008 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages kritisiert der Landesrechnungshof die Regelungen des Schulgesetzes zur Förderung der Ersatzschulen der dänischen Minderheit. Er empfiehlt, die kürzlich wiederhergestellte Gleichstellung abzuschaffen und die Höhe der Zuschüsse „anzupassen“ – also zu kürzen.

Die dänische Minderheit betrachtet die ständige Wiederholung der mehrfach widerlegten Begründungen des Landesrechnungshofes als einen bewussten Versuch, die Minderheitenpolitik des Landes Schleswig-Holstein zum Schaden der dänischen Minderheit zu unterlaufen.

Dansk Skoleforening for Sydslesvig hat seine Freude über den Beschluss zur Umsetzung des Abschlusskommuniqués vom 24.11.2004 nachhaltig zum Ausdruck gebracht. Dabei würdigt er, dass der Landtag mit der Gleichstellung der dänischen Schulen im Schulgesetz bewusst ihre Bedeutung als Regelschulen der Minderheit anerkannt hat.

Zu Ihrer Information können wir anführen, dass Dansk Skoleforening for Sydslesvig zum Beginn des Schuljahres 2008/09 eine grundlegende Änderung seiner Schulstruktur realisieren wird. Danach werden von den insgesamt 49 Schulen statt bisher 22 Schulen nur noch 7 Gemeinschaftsschulen Unterricht bis zur Jahrgangsstufe 10 und 2 bis zur Jahrgangsstufe 13 anbieten. Die Zentralisierung der Sekundarstufe I sowie Schulschliessungen und Zusammenlegungen zeugen von einem bewussten Umgang mit den Ressourcen. Die im Durchschnitt höheren Kosten pro Schüler sind in den kleineren Einheiten begründet, verursachen jedoch nicht höhere Kosten für das Land als ein entsprechender Schüler einer öffentlichen Schule. Der Fehlbetrag zur Aufrechterhaltung dieser kleinen Schulen wird vom Königreich Dänemark gedeckt und kann nicht vom Landesrechnungshof angerechnet werden.



Wir hoffen, dass das ausdrückliche Bekenntnis zu einer verantwortungsvollen Minderheitenpolitik in Übereinstimmung mit den *Bonn-Kopenhagener Erklärungen*, dem *Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten* und der *Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen* auch zukünftig anerkannte Politik der im Landtag vertretenen Parteien sein wird.

Mit freundlichen Grüßen


Anders Molt Ipsen

Nachrichtlich:

Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Herrn Frank Sauter, MdL
Finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Frau Birgit Herdejürgen, MdL
Finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Herrn Wolfgang Kubicki, MdL
Finanzpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Monika Heinold, MdL
Bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Frau Susanne Herold, MdL
Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Herrn Dr. Henning Höppner, MdL
Bildungspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Herrn Dr. Ekkehard Klug, MdL
Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Angelika Birk, MdL
Finanz- und bildungspolitische Sprecherin des SSW, Frau Anke Spoorendonk, MdL
alle Landeshaus, 24105 Kiel

Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Peter Harry Carstensen

Die Beauftragte für Minderheiten und Kultur, Frau Caroline Schwarz

Landesrechnungshof Schleswig-Holstein, Herrn Dr. Eggeling